



Gemeindestrukturreform im Kanton Uri: Positionspapier

1. Der Anlass

Der Vorstand des Gemeindeverbandes Uri hat sich am 3. Dezember 2008 intensiv mit möglichen Perspektiven einer Urner Gemeindestrukturreform befasst. Aus der Klausur resultiert das folgende Positionspapier zuhanden der Urner Gemeinden und zuhanden des Regierungsrates des Kantons Uri.

2. Die Vision

Der Vorstand des Gemeindeverbandes sieht das Potenzial des Kantons Uri vorab in der hohen Qualität des Lebens- und Wohnraumes Uri inmitten einer eindrücklichen Landschaft, durch gute Verkehrserschliessungen an wichtige Wirtschaftszentren angebunden.

Die hohe Lebensqualität muss sich nicht zuletzt auch in einem effizienten, bürgernahen service public zeigen, in einer respektvollen, unkomplizierten und ergebnisorientierten Beziehung zwischen Behörden und Verwaltung einerseits und Einwohnerinnen und Einwohnern andererseits.

3. Die Qualität der öffentlichen Dienstleistung

Die öffentliche Dienstleistung im Kanton Uri hat zweifellos einen guten Stand erreicht. Aber es zeigen sich auch die Grenzen, die kleinen Gemeinwesen gesetzt sind, wenn neue Anforderungen erfüllt werden müssen, bzw. wenn die anspruchsvoller gewordenen öffentlichen Leistungen von wenigen verfügbaren, qualifizierten Mitbürgerinnen und Mitbürgern im Nebenamt erfüllt werden müssen.

Die feststellbare Entwicklung, wonach öffentliche Aufgaben im übergemeindlichen Rahmen erfüllt werden müssen, wird sich fortsetzen und möglicherweise verstärken, wenn die Qualität der öffentlichen Dienstleistung auch in Zukunft im ganzen Kanton einen einigermaßen vergleichbaren Stand erreichen soll.

4. Die Gemeindestrukturreform Uri – eine Verbundaufgabe zwischen Kanton und Gemeinden

Der Urner Gemeindeverband begrüsst die Absicht des Regierungsrates, die Voraussetzungen für die Entwicklung des Kantons und seiner Gemeinwesen zusammen mit den Gemeinden voranzutragen. Aus Sicht des Vorstandes des Gemeindeverbandes sind dabei auch folgende Fragen zu klären

- Welche Funktion kommt in Zukunft den sich bereits bildenden Entwicklungsregionen (Urserntal, Oberland, Schächental etc.) zu? Soll die regionale Zusammenarbeit über die bisherigen Ansätze hinaus weitergeführt werden? Sind Fusionen anzustreben?
- Welche Funktion kommt in Zukunft dem wirtschaftlichen Schwerpunktraum zwischen Flüelen und Erstfeld zu? Wie wirkt sich die geförderte Entwicklung dieses Raumes auf die Besiedlung der peripheren Gemeinden aus?
- Welche Perspektiven ergeben sich im Prozess der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden? Können kantonale Funktionen an fusionierte bzw. erstarkte Gemeinden oder an Kooperationsgemeinden zurück delegiert werden? Können andere Aufgaben besser kantonal gelöst werden?
- Welche Chancen eröffnen sich durch neue Technologien und stärkere Vernetzungen in der Verwaltung der Gemeinden und des Kantons? Welche Prozesse und Abläufe können ohne Verlust der Bürgernähe gemeinsam gestaltet werden?



5. Aktive Überzeugungsarbeit

Der Vorstand des Urner Gemeindeverbandes vermutet, dass das Bewusstsein in die Wünschbarkeit einer gemeinsamen Weiterentwicklung der Urner Gemeinden in den Behörden relativ stark, in der breiten Bevölkerung relativ schwach vorhanden ist.

Ein gemeinsamer Entwicklungsprozess von Kanton und Gemeinden muss daher von einer intensiven Information und Kommunikation begleitet sein. Dazu gehört die öffentliche Diskussion wichtiger Meilensteine, aber auch die Förderung der Qualitätsdiskussion, indem Informationen zum Ausmass, zu den Kosten und Bedingungen der öffentlichen Dienstleistung periodisch erhoben und veröffentlicht werden.

Zur Öffentlichkeitsarbeit gehört auch die Diskussion von möglichen Kompensationsleistungen beim Wegfall einer bisherigen örtlichen Dienstleistung (verlängerte Schalterzeiten am zentralen Ort, Erleichtern des elektronischen Verkehrs zwischen Behörden und Einwohnern etc.).

6. Rahmenbedingungen

Es ist im Weiteren darauf zu achten, dass bestehende und künftige Rahmenbedingungen nicht unerwünschte Effekte zeitigen. Dies gilt für finanzielle Transferleistungen wie zum Beispiel die Dauer von Härtefallregelungen in Übergangsperioden, aber auch für den Umgang mit Personal, das durch Reformen freigesetzt wird oder Mitsprachemöglichkeiten in grösseren Gebietskörperschaften etc.

7. Zur Projektorganisation

Eine Projektorganisation, die sich an die Erfahrung bei der Entwicklung des Finanzausgleichs zwischen Kanton und Gemeinden anschliesst, wird vom Vorstand des Urner Gemeindeverbandes begrüsst.

Ganz wichtig ist, dass der Auftakt des Projektes als Verbundaufgabe des Kantons und der Gemeinden vermittelt und verstanden wird. Ein Entwurf des Zieles und der wichtigsten Stossrichtungen des Projektes müsste darum nach Auffassung des Vorstandes vom Gesamtregierungsrat zusammen mit den Vertretungen aller Gemeindeexekutiven diskutiert und in einer gemeinsamen Sitzung verabschiedet werden.

In der Projektorganisation ist überdies der Öffentlichkeitsarbeit ein hoher Stellenwert einzuräumen.

8. Schlussbemerkung

Der Vorstand des Urner Gemeindeverbandes begrüsst die Absicht der Urner Regierung, das Projekt Gemeindereform in der laufenden Legislatur zu starten und wenn möglich bis 2011 erste Ergebnisse, vielleicht in Form eines Gemeindeorganisationsgesetzes zu entwickeln. Der Vorstand des Urner Gemeindeverbandes ist bereit, einen aktiven Beitrag zum Gelingen des Projektes beizutragen.